

Vereinbarung

Die Fraktionen im Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau

Christlich- Demokratische Union Deutschlands (CDU),

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und

Bürgerliste/Die Grünen

erklären nach Beratung und Beschluss in den Fraktionen, dass sie eine langfristige Zusammenarbeit wollen.

Präambel

Die Fusion der Städte Dessau und Roßlau ist ein historischer Schritt und ermöglicht es, nachhaltige Änderungen im Handeln von Politik und Verwaltung anzugehen. Die beteiligten Fraktionen wollen mit der vorliegenden Vereinbarung gezielt die Entwicklung der gemeinsamen Stadt zugunsten der Bürgerinnen und Bürger fördern. Die Vereinbarungspartner verstehen sich als Gemeinschaft, die zusammen mit dem neuen Oberbürgermeister zukunftsfähige Strukturen schaffen und das politische und gesellschaftliche Leben in der Stadt gestalten möchte. Sie wollen das Oberzentrum Dessau-Roßlau stärken und erhalten sowie durch ein kooperatives Wirken mit den Nachbarn zum Zentrum der Region entwickeln.

Die Fraktionen haben sich auf neun Themenfelder verständigt, die im Folgenden weiter ausgeführt werden. Im Vordergrund steht neben der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung ein Umbau der Verwaltung.

1. Haushaltskonsolidierung und Vermögenssicherung

Zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung wird es in den kommenden Jahren sein, eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden und Altschulden abzubauen, um auch in Zukunft die Stadt Dessau-Roßlau handlungsfähig zu halten. Hierzu treten die Partner für die konsequente Umsetzung des gemeinsam beschlossenen Konsolidierungskonzeptes 2007 ein.

Im Einzelnen sollen außerdem folgende Punkte umgesetzt werden:

- Die Geschäftsstrukturen bei der DWG sind so zu verändern, dass eine effektivere Unternehmensführung ohne sozial unverträgliche Mietsteigerungen erreicht wird. Hierzu sind ggf. externe Fachkompetenzen einzubeziehen. Die Gründe für die bisher schlechte Betriebsentwicklung sind rasch und umfassend zu ermitteln und zu beseitigen.
- Es ist zu prüfen, welche Tarifverträge mit dem Ziel von Kosteneinsparungen modifiziert werden können.
- Haushaltskürzungen sollen nur vorgenommen werden, wenn dafür konzeptionelle Überlegungen vorliegen. Sie müssen von der Verwaltung also hinreichend begründet vorgelegt werden. Kürzungen in den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur und Sport sind grundsätzlich zu vermeiden.
- Die Stadt soll beim Land auf eine Neuordnung der finanziellen Ausstattung für Kultureinrichtungen mit überregionaler Bedeutung hinwirken.

2. Wirtschaft

Kommunale Wirtschaftsförderung bedarf neben der Bestandspflege ansässiger Unternehmen einer zentralen Koordinierungsstelle für Investoren in der Verwaltung (z.B. ein Referat Wirtschaft beim OB). Im Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass

- das Stadt- und Tourismusmarketing zusammengeführt und in unternehmerische Strukturen überführt werden,
- eine rasche und unbürokratische Abarbeitung von Anfragen sowie eine Kreisübergreifende regionale Marketingstrategie für Neuansiedlungen und
- die Vergabepaxis zu Gunsten ortsansässiger Unternehmen reformiert wird,

- Investoren grundsätzlich aus einer Hand betreut werden,
- jede Betriebsansiedlungsanfrage auch dem Wirtschaftsausschuss aktuell mitgeteilt wird,
- die Gewerbesteuer im Zuge der Gesundung des Haushaltes gesenkt wird,
- ein Unternehmerbeirat errichtet wird,
- Kultur und Sport auch unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden,
- die Landwirtschaft fördernde Initiativen unterstützt werden (insbesondere Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, nachwachsende Rohstoffe, Reitsport, ökologischer Landbau),
- lokale und regionale Netzwerke unterstützt werden sowie
- Dessau-Roßlau sich über das Regionalforum Mitteldeutschland und die Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland aktiv in die Entwicklung der mitteldeutschen Metropolregion einbringt.

3. Arbeit, Soziales und Jugend

Beschäftigung

Die Stadt muss eine aktivere Rolle bei der Beschäftigungsförderung übernehmen und ihre Möglichkeit zur Steuerung konsequent wahrnehmen. Durch die stärkere Übernahme der Verantwortung beim Job-Center soll die Effizienz in den Bereichen ABM, Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit und des anstehenden Modells des kommunalen Kombilohns erhöht, die Betreuung der hiervon betroffenen Beschäftigungssuchenden und die möglichen Auswirkungen der Instrumente für den Stadthaushalt verbessert werden. Zugleich sollen Vereine mehr Planungssicherheit erhalten und ein besonderes Augenmerk auf den ersten Arbeitsmarkt gelenkt werden. Um dies zu erreichen ist geplant:

- Übernahme der Verantwortung für die Arbeit des Job-Centers.
- Erarbeitung einer Konzeption zum Aufbau eines kommunalen Betriebes für Beschäftigungsförderung bis zum Jahresende 2008 auch unter Einbeziehung privatwirtschaftlicher Partner
- Die Richtlinie zur Vergabe der Kosten für Unterkunft, Trennung Kaltmiete und Nebenkosten ist zu überarbeiten.

Sozialplanung

Moderne Sozialpolitik setzt vorrangig auf Prävention. Der bedarfsgerechte Umbau der sozialen Infrastruktur setzt eine qualitative Sozialplanung voraus, die den veränderten demographischen und sozialen Entwicklungen Rechnung trägt. Ziel ist die Vorhaltung eines ausgewogenen Angebotes in den städtischen Quartieren als auch hinsichtlich einer qualitativen Vielfalt und für die verschiedenen Generationen. Im Einzelnen sind:

- die Jugendsozialarbeit verstärkt auf Prävention auszurichten,
- Projekte gegen Armut bei Kindern (Freizeitbetreuung, Bündelung vorhandener städtischer und privater Aktivitäten, Streetworker) zu unterstützen,
- das Lokale Familienbündnis zu unterstützen,
- die Spielraumkonzeption und die Freizeitstättenkonzeption fortzuschreiben sowie
- die Instandhaltungsmittel für städtische Spielplätze zu erhöhen.

4. Bildung, Forschung, Kultur und Sport

Investitionen in Bildung, Forschung, Kultur und Sport sind Investitionen in die Zukunft und leisten einen wesentlichen Beitrag für eine lebenswerte Stadt. Im Einzelnen setzen wir uns ein, dass

- eine verstärkte Investitionstätigkeit zur Verbesserung des Zustandes und der Ausstattung der Schulen und KITAS (Masterplan Bildung) erfolgt,
- die Übertragung der Kindereinrichtungen an freie Träger kurzfristig erfolgt,
- ein Konzept für das Ensemble der Meisterhäuser erstellt wird, auf dessen Basis ein internationaler Architektenwettbewerb durchgeführt wird,
- für alle Bauhausgebäude im städtischen Besitz eine einheitliche Trägerschaft gefunden wird,
- eine Sportstättenkonzeption als Basis für einen Masterplan Sport erarbeitet wird,
- die Kulturkonzeption der Stadt für die städtischen Einrichtungen unter Einbeziehung der Angebote von freien und privaten Trägern konkretisiert wird und

- Forschungsprojekten für alternative Lebensformen, für Umwelt und Gesundheit, für eine autarke Energieversorgung initiiert werden,
- Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen.

5. Personalentwicklung und Verwaltungsreform

Ziel ist die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen in der Verwaltung. Nach dem Verständnis der Partner bedarf es moderner Verwaltungsstrukturen, die gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung eingeführt werden sollen.

- Mit einer konsequenten Aufgabenkritik und der Prüfung von Aufgabenverzicht einzelner Verwaltungsleistungen soll ein Vorschlag für eine effiziente Verwaltungsstruktur schon zu den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2008 erarbeitet und dessen Umsetzung begleitet werden (ggf. kann externer Sachverständiger hinzugezogen werden).
- Das Personalentwicklungskonzept der Stadt ist danach zeitnah vorzulegen.
- Das Personal der Verwaltung ist ständig weiterzuqualifizieren.
- Weiterhin soll die Aufgabe des Ämterprinzips zu einer Beschleunigung des Verwaltungshandelns und zu einer modernen Verwaltungssteuerung beitragen.

6. Ordnung und Sicherheit

Dessau-Roßlau soll sich zu einer Stadt entwickeln, in der auch das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere älterer und schwächerer Menschen, sich positiv darstellt. Hierzu soll die Sicherheitspartnerschaft in der Stadt durch eine bessere Vernetzung städtischer Ämter mit Polizei, Unternehmen, Händlern, Vereinen und Akteuren der Zivilgesellschaft reaktiviert werden. Im Weiteren wollen die Partner:

- bürgerschaftliche Courage stärken und nutzen,
- sich ausdrücklich gegen jegliche Form von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit stellen,
- die Präsenz von Stadtordnungsdienst und Polizei in der Innenstadt und den Vororten erhöhen,

- gegebenenfalls personelle Erweiterung des Stadtordnungsdienstes ermöglichen,
- ein konsequentes Vorgehen gegen Sachbeschädigungen aller Art,
- keine Toleranz in Bezug auf den Drogenhandel,
- Videoüberwachung nur als letztes Mittel zur Eindämmung von „Gefahrenschwerpunkten“ zulassen.

7. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Dessau-Roßlau ist nicht nur historisch in einer besonderen Verantwortung sondern steht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Eingemeindung ländlicher Ortsteile vor großen Aufgaben. Es gilt das Zentrum zu stärken und zugleich die ländlich geprägten Orte in ihrer Eigenständigkeit zu erhalten. Im Einzelnen sollen folgende Aspekte umgesetzt werden:

Stadtentwicklung/Regionalentwicklung

- Erarbeitung eines Leitbildes.
- Hebung der Architekturqualität und stärkere Herausstellung der Bauhaustradition.
- Definition des Zentrums, Umsetzung von Maßnahmen aus den Quartierskonzepten in der Innenstadt.
- Überprüfung der bestehenden Gestaltungssatzungen auf ihre aktuelle Relevanz.
- Überprüfung aller laufenden Planungen auf deren Notwendigkeit. Zukünftig ist zu beachten, dass neue Planungen nur aufgelegt werden, wenn dies gesetzlich gefordert oder vom Stadtrat ausdrücklich beauftragt wird.
- Die Stadt bringt sich aktiv in ländliche und regionale Entwicklungsprozesse ein.

Stadtumbau

- Fortsetzung Stadtumbauprojekt „Urbane Kerne – landschaftliche Zonen“ im Rahmen der IBA- Stadtumbau
- Gezielte Entwicklung der innerstädtischen Quartiere Wallstraße, Lange Gasse und Johannisviertel
- Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse bei allen Stadtumbauprojekten (ggf. Verzicht auf bereits vorgesehene Projekte)
- Einrichtung eines Selbstnutzerprogramms in den Urbanen Kernen mit dem Ziel, leerstehende Gebäude durch selbstgenutzte Wohnformen zu revitalisieren
- Einrichten eines Quartiersmanagement im Stadtumbauquartier „Leipziger Tor“
- Stärkung der Zerbster Straße als einzige Fußgängerzone in Dessau

Verkehr

- Bessere Instandhaltung des bestehenden Hauptstraßennetzes, Straßenerhaltung geht vor Straßenneubau.
- Mehr Investitionen zum Ausbau unbefestigter Vorortstraßen.
- Berücksichtigung der Rad- und Fußwege bei allen Aus- und Neubauvorhaben
- Bessere Ausschilderung der innerstädtischen Radwege
- Wichtigster Planungsschwerpunkt im Bereich Straßenneubau ist eine Ortsumgehung der B 184 im Stadtteil Roßlau.
- Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes um den Bereich nördlich der Elbe und Anpassung an aktuelle Verkehrsentwicklungen.
- Überarbeitung des Nahverkehrsplanes mit Formulierung neuer Anforderungen an das Liniennetz und die Qualitätsstandards der Beförderung.
- Stärkung der Eigenständigkeit der DVG, übertragen von Marketing- und Managementkompetenzen vom DVV-Konzern in die DVG

8. Klimaschutz

Der Klimawandel findet auch bei uns statt und wir wollen in Dessau-Roßlau auf kommunaler Ebene unseren Beitrag dazu leisten, um ihm entgegen zu wirken.

Im Einzelnen sollen:

- ein Energiemanagement für alle kommunalen Liegenschaften und für die DWG-Gebäude eingeführt werden, hierzu kann eine Gesamtverwaltung aller Gebäude durch nur noch eine Stelle/Gesellschaft von Nutzen sein,
- alle langfristig nutzbaren kommunalen Liegenschaften in 10 Jahren auf EnEV-Standard saniert werden,
- der hohe Anschlussgrad an das Fernwärmenetz erhalten bleiben und durch eine Anschlusspflicht in den Fernwärmevorranggebieten bekräftigt werden (außer wenn dadurch wichtige gewerbliche Investitionsvorhaben unterbleiben),
- geprüft werden, inwieweit im Heizkraftwerk zukünftig auf Braunkohle als Energieträger verzichtet werden kann,
- die Dächer kommunaler Liegenschaften für Photovoltaiknutzung freigegeben werden,
- Biogaseinspeisung in das städtische Gasnetz als Angebot für private und gewerbliche Gaskunden ermöglicht werden sowie
- die Entsorgung/Verwertung der Bioabfälle so gestaltet werden, dass sie eine kostengünstige Alternative zur Verbrennung von Bioabfällen wird.

9. Anpassung kommunaler Satzungen

Die kommunalen Satzungen bedürfen einer grundsätzlichen Überarbeitung. Kurzfristig ist zu prüfen, welche Satzungen abgeschafft werden können, wenn sie nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind. Weiterhin setzen sich die Partner dafür ein

- dass sachkundige Bürger in nicht beschließende Ausschüssen integriert werden,
- die Mitwirkung der Ortschaftsräte unter strikter Beachtung der gesetzlichen Regelungen zu stärken und die Schaffung von Stadtteilbeiräten durchzusetzen,
- die Entschädigungssatzung überarbeitet wird und
- die Mitglieder von Beiräten zukünftig durch den Stadtrat berufen werden.

10. Regelungen zur Zusammenarbeit

Grundlage der Zusammenarbeit ist eine ständige vertrauensvolle und verlässliche Information über die eigenen Standpunkte und Stadtratsinitiativen. Auch bei unterschiedlichen Standpunkten sind gegenseitiger Respekt sowie ein offener, fairer und gleichberechtigter Umgang die Grundlage für eine langfristig vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wenn Entscheidungen der Partner getroffen werden müssen, die sich nicht in kurzer Absprache treffen lassen, entsenden sie jeweils drei Vertreter in ein Klärungsgespräch. In diesem Klärungsgespräch soll ein Konsens oder eine gemeinsame Kompromisslösung erarbeitet werden. Mehrheitsabstimmungen sind nicht vorgesehen. Erst wenn auch hierbei keine Einigung erzielt werden kann, ist eine offene Mehrheitssuche möglich. Dies gilt aber nicht für Streitigkeiten zu Themen, die in dieser Vereinbarung ausdrücklich festgeschrieben sind.

Bei der Besetzung von bedeutsamen Stellen und Positionen in der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften stimmen sich die Kooperationspartner über die Unterstützung möglicher Bewerber frühzeitig ab. Sie beachten dabei fachliche Eignung und die Ausgewogenheit zu den Interessen der Partner.

Dessau-Roßlau, den 28. August 2007

Jacqueline Lohde	Ingolf Eichelberg	Dr. Holger Schmidt
Fraktionsvorsitzende	Fraktionsvorsitzender	Fraktionsvorsitzender
CDU	SPD	Bürgerliste/Die Grünen